Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. Februar 1931

Die Sowjetkinderhölle.

von Felix Stössinger.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

SPD. Das russische Volk leidet, wie man weiss, und wie auch die deutschen Bolschewisten kaum zu bestreiten wagen, seit Jahren Entbehrungen, die nicht geringer, eher grösser sind als die Not Deutschlands im Kohlrübenkriegsjahr. Es fehlt nicht nur an sämtlichen Lebensmitteln, es fehlt auch weiter in unvorstellbarer Weise an allen Mitteln des täglichen Gebrauches. Die kleinsten Reparaturen, die kleinsten Erneuerungen des Haushalts scheitern am Mangel von Gegenständen, von denen man kaum glauben sollte, dass sie fehlen. Und doch ist es so. Strümpfe, Schuhe, Taschentücher, Nähnadeln, Zwirn, eine Tafel Schokolade, ein Hammer, eine Leiter, Sicherungen für die Lichtleitung, Blei zum Verlöten einer schadhaften Dachtraufe, Schulhefte, Briefpapier, - das alles ist entweder überhaupt nicht zu haben, oder nur auf dem Umweg über so viele Instanzen, dass der Bevölkerung die Kraft fehlt, sich mit dem Gewünschten zu versorgen.

Schlimmer als alle diese Not ist aber der Zustand, in dem sich seit einem Jahrzehnt ein riesiger Teil der russischen Kindheit befindet. Es hat lange gedauert, bis die Wahrheit darüber nach Deutschland gedrungen ist. Trotzdem die bolschewistische Presse in diesen Jahren genug Angaben veröffentlicht hat, aus denen die Wahrheit unerschütterlich hervorgeht, haben die Agenten des Bolschewismus, die literarischen Festgäste, die Delegationen, usw. sich stets durch einige für Reklamezwecke hergestellte Musterkinderheime gern täuschen lassen und dazu beigetragen, die furchtbare Wahrheit zu verbergen. Gründliche Nachforschungen haben aber Zustände zu Tage gefördert, die zu dem Ungeheuerlichsten gehören, was seit Jahrhunderten in Europa möglich war. Es ist das besondere Verdienst des russischen Sozialrevolutionär Wladimir Sensinow, dass er alles Material darüber aus rein bolschewistischen Quellen gesammelt und in einem Buch unter dem Titel "Die Tragödie der verwahrlosten Kinder" zusammengestellt hat. Dieses im Züricher Verlag Orell Füssli erschienene Buch ist eine niederschmetternde Anklage gegen die Verwüstung und Zerstörung einer Generation durch den bolschewistischen Wirtschaftsdilettantismus.

Mit Spannung konnte man erwarten, wie sich die deutschen Bolschewisten mit dieser Anklage auseinandersetzen werden. Werden sie es wagen, so fragte man sich, dieses Material zu bestreiten? Werden sie "Fälschungen" entdecken, über kleine Irrtümer ein grosses Geschrei erheben, um die unantastbaren Wahrheiten vergessen zu machen? Nun, die Bolschewisten haben nicht geschwiegen. Sie haben auf eine sehr eigenartige Weise in peinlichster Verlegenheit auf das Buch reagiert, indem sie eine Broschüre und zahlreiche durch die bolschewistische Presse gegangene Artikel gegen - mich veröffentlicht haben. So drollig das erscheint, es ist doch wahr! Anstatt Sensinow zu antworten, haben sie mir geantwortet, der ich das freilich bescheidene Verdienst gehabt habe, auf das Buch von Sensinow durch mehrere Artikel nachdrücklich hinzuweisen. Ich habe mich allerdings mit dieser Frage schon seit Jahren beschäftigt, selbst Mate-

rial gesammelt und in den Artikeln über die Tragödie des russischen Kindes diese ungeheuerlichen Dinge naturgemäss, wie es allein richtig ist, als Symptome des Verfalls dargestellt, der in Russland durch den Bolschewismus geschaffen worden ist.

Nun liegt also die Antwort der Bolschewisten vor. Es ist eine Broschüre von Willi Münzenberg und J. Danischewski, betitelt "Die Kinderhölle und Felix Stössinger". Nicht ohne Genugtuung ist die Lektüre dieser Broschüre für mich, bildet sie doch eine einzige, alle Erwartungen übertreffende Bestätigung dessen was Sensinow und ich über die Lage der russischen Kindheit veröffentlicht und zusammengestellt haben. Nicht eine einzige Tatsache, nicht eine einzige Quellenangabe, nicht eine einzige Ziffer, die Sensinow und ich veröffentlicht haben, wagen die Münzenberg-Danischewski ihren bolschewistischen Lesern auch nur mitzuteilen! So ergibt sich das sonderbare Bild, dass wir, entschiedene Antibolschewisten, die russischen Zeitungen, Zeitschriften und Bücher reichlich zitieren, die Münzenberg-Danischewski aber ihren Lesern das bolschewistische Material vorenthalten! Die Broschüre wimmelt zwar von Versprechungen, mir "Fall um Fall" Fälschungen nachzuweisen, aber nicht eine einzige Angabe wird zitiert, geschweige denn richtiggestellt.

Die deutsche Bolschewisten bestätigen also durch ihr Schweigen die Richtigkeit der Angabe, dass Lunatscharski 1928 die Zahl der verkommenen Kinder auf 9 Millionen geschätzt hat, N. Krupskaja, Lenins Witwe, einmal auf 7, einmal auf 8 Millionen. Dass Lunatscharski noch 1928 einen "dauernden Zustrom heimloser Kinder" feststellt, dass die bolschewistische Presse zwischen April und Juni 1930 in zahlreichen Notizen über die unbeschreibliche Kinderplage jammert, die völlige Entartung in den Schulen beklagt und zugibt, dass selbst Moskauer Kinderheime den Komfort eines eigenen Bettes nicht kennen, Geisteskranke unter Gesunden leben und die Kinder in den Heiman "sich fast gar nicht von den Verwahrlosten unterscheiden, die in den städtischen Müllkästen und Asphaltkästen hausen".

Das sind so ein paar Tatsachen aus der Hölle des russischen Lebens, von dessen "gigantischem Aufbau" die deutschen Bolschewisten auf russischen Befehl faseln. In der sozialdemokratischen Presse kann auf diese Tatsachen nicht deutlich genug hingewiesen werden. Nachdem die Bolschewisten der Welt ein Sowjetkinderparadies vorgelogen haben, stellt sich bei näherem Zusehen heraus, dass eine Sowjetkinderhölle ohnegleichen existiert. Horden von Kindern, heim- und elternlos ziehen in wilden Rudeln seit einem Jahrzehnt durch das Land, leben von Raub, Plünderung und Prostitution und befinden sich in einem Zustand von Verkommenheit, der alle europäischen Begriffe übersteigt. Auch Max Hodann, der bis zum Dezember 1930 eine Münzenberg-Zeitschrift "Freund der Sowjets" redigiert hat, bestätigt in seinem neu erschienenen Buch "Sowjet-Union gestern, heute, morgen" die Richtigkeit meiner Darstellung.

Wo immer die Bolschewisten besonders unsere Frauen und Jugendlichen mit der Schilderung eines Jugendparadieses zu verführen suchen, halte man ihnen die von Münzenberg durch Stillschweigen bestätigte, von Lunatscharski verratene Wahrheit entgegen: 9 Millionen Kinder sind bisher am Bolschewismus zugrunde gegangen!! Antworten sie aber, dass dies ein Erbe des Zarismus sei, dann halte man sich an die Antwort, die Lenins Witwe in der Prawda vom 2.12.1925 gegeben hat, und in der sie die verwahrlosten Kinder "das Produkt der Lebensbedingungen von heute" nennt. Das galt für 1925, das gilt auch heute noch, das gilt in verstärktem Masse für das Regime des Bolschewismus überhaupt.

SPD. Der Stahlhelm lässt grosspurig mitteilen, dass er die zur Zulasssung des Volksbegehrens gegen den preussischen Landtag erforderlichen amtlich bestätigten Unterschriften inzwischen aufgebracht hat. Ja, er hat es - wie er freudestrahlend hinausposaunt - nicht nur auf 20, sondern auf 25 000 amtlich bestätigte Unterschriften gebracht.

Als der preussische Innenminister es ablehnte, das Volksbegehren ohne die erforderlichen amtlich bestätigten Unterschriften zuzulassen, liess der Stahlhelm erwidern, dass er die beglaubigten Unterschriften in den allernächsten Tagen aus den Landesverbänden Berlin und Brandenburg allein beibringen werde. Tatsächlich hat er sie weder in den allernächsten Tagen noch in Berlin und Brandenburg allein aufgebracht. Er hat mehr als acht Tage gebraucht und in dieser Zeit das ganze Reich abgegrast. Ein bescheidener Anfang....

Inwieweit die 25 000 Unterschriften tatsächlich amtlich beglaubigt sind, wird in den nächsten 14 Tagen durch Stichproben festgestellt werden müssen!

SPD. Weimar, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Der deutschnationale Vizepräsident des Reichstags, Graef, der sich hier in einer öffentlichen Versammlung über die "Vergewaltigung der nationalen Opposition" im Reichsparlament äusserte, erlebte einen bösen Reinfall. Einmal dadurch, dass ihm der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frölich und der Geschäftsführer der Deutschen Volkspartei in Thüringen unter dem Beifall der Versammlung scharf entgegentraten, und schliesslich insofern, als ein Republikaner nach dem Schlusswort des Herrn Graef ein dreifaches Hoch auf die demokratische Republik ausbrachte, in das der grösste Teil der Versammlungsbesucher einstimmte.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Frölich hielt Herrn Graef entgegen, dass die deutschnationale Fraktion des Thüringischen Landtags bei der Änderung der Geschäftsordnung insbesondere hinsichtlich der Frage, ob Abgeordnete Zeitungen verantwortlich zeichnen dürfen, genau den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen habe wie die deutschnationale Reichstagsfraktion anlässlich der Beratung der Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags. Die Sozialdemokratie habe den Deutschnationalen beim Verlassen des Reichstags nicht zugerufen: "Auf Wiedersehen!". Wenn es nach ihr ginge, könnten die Herren Deutschnationalen draussen bleiben.

SPD. Hitler wird von Tag zu Tag nobler! Jetzt hat er sich zu seiner feudalen Acht-Zimmer-Wohnung, seiner Villa im bayerischen Hochgebirge und was sein Herz in der Zwischenzeit sonst noch an Luxus begehrt hat, ein neues Automobil zugelegt. Es ist ein 150 PS Mercedes-Benz.

Kostenpunkt: die Kleinigkeit von 44 000 Mark.

SPD. München, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Hitler erlässt in seiner Faschingsdienstag-Nummer des "Völkischen Beobachter" einen Riesenaufruf an seine Garden, der so ziemlich alles in den Schatten stellt, was man bisher über die "Wehrlosigkeit" und "Harmlosigkeit" der armen SA- und SS-Banden vernommen hat.

Hitler wagt es, angesichts derfürchterlichen Nazimorde der letzten Monate unverfroren zu schreiben, dass "Tag für Tag Dutzende von Nationalsozialisten, meist aus dem Hinterhalt heraus, angeschossen oder von feiger Uebermacht überfallen und niedergestochen" werden. Dass "nur der in Notwehr befindliche SA-Mann für den Versuch, sein Leben zu retten, von der Justiz unseres Bürgertums verfolgt und bestraft wird, wer den Hobeln und Messerstichen der roten Mordbuben entrinnt, indem er sich ihrer erwehrt, wandert dafür selbst in das Zuchthaus!" So etwas wagt der Hakenkreuzpapst zu behaupten, obgleich noch eine Woche vorher Münchener Staatsanwälte in mehreren Landfriedensbruchprozessen ganz unverhüllt für raufende und stechende Nazibanditen Partei ergriffen.

Der Aufruf enthält ferner ein ziemlich konfuses Geschwätz über angebliche Provokateure, von denen die Hakenkreuzler bedroht sein sollen sowie die Aufforderung zu freiwilligem blindem Gehorsam gegenüber den Befehlen. In Fettdruck heisst es dann: "Ich verbiete daher erneut auf das schärfste den Besitz von Waffen jeder Art nach den gesetzlichen Vorschriften." Ueber dieses "erneute" Verbot werden die Hakenkreuzler genau so belustigt sein wie über das weiter unten auch wieder einmal "erneut"gegebene Versprechen der absoluten Legalität: "An unserer unerschütterlichen Gesetzlichkeit werden alle Massnahmen staatlicher Machthaber zersplittern."

Auch Hitlers oberster militärischer Leiter, der in den bolivianischen Urwäldern zum Oberst avancierte 1923er Putschist Ernst Röhm, fühlt sich bewogen, seine "Kameraden" der SA und der SS zur Treue und zur Disziplin aufzufordern: "Steht - so lautet sein Heeresbefehl - eisern und unerbittlich hinter euren Führern und harrt der Stunde, da der Ruf an Euch ergeht! Der Tag der Erfüllung wird kommen - unerbittlich, auf gesetzlichem Wege und mit gesetzmässiger Sicherheit."

So schwätzen sie von "gesetzlichen Wegen", von Legalität und ähnlichen Dingen ohne selbst an ihre Versicherungen zu glauben. Sie reden davon, indem sie das Gegenteil meinen und überzeugt sind, dass ihr raufender Anhang sie schon richtig versteht.

SPD. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat in dem Stillegungskonflikt mit den Vereinigten Stahlwerken in der Hütte Ruhrort-Meiderich folgenden eingeschriebenen Brief an Oberbürgermeister Dr. Jarres-Duisburg gerichtet :

"Aus der Presse und durch unseren Bezirksleiter Wolf-Essen haben wir Kenntnis davon erhalten, dass Sie Herr Oberbürgermeister, zum Zwecke der Verhinderung der Stillegung des Stahlwerks Ruhrort-Meiderich an jeden einzelnen Arbeiter schriftlich mit dem Ersuchen der Zustimmung zu Ihrem Vorschlag einer 20%igen Lohnkürzung herangetreten sind.

So sehr wir auch vom Standpunkt der Stadtverwaltung Duisburg Ihre Bemühungen zur Verhinderung der Stillegung - die auch wir im Interesse der Arbeiter wünschen - verstehen können, so müssen wir doch entschiedene Verwahrung gegen diese Art der Vermittlung in dem schwebenden sozialen Streitfall einlegen. Die Abstimmung der Arbeiter liegt vor; sie ist als Willenskundgebung zu respektieren. Die Herbeiführung einer nochmaligen Abstimmung - noch dazu von unbefugter Seite - ist nach unserer Auffassung im höchsten Grade zu bedauern. Sie sucht zudem die durch die Wirtschaftskrise eingeleitete Senkung der Gestehungskosten für industrielle und gewerbliche Erzeugnisse einseitig auf die Lohnseite zu verlegen und lässt damit alle anderen Faktoren der Preisbildung ausser Betracht. Ein im höchsten Grade einseitiges und ungerechtes Verfahren.

Als Träger des Tarifvertrages für die Nordwest-Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie seitens der Arbeiter machen wir besonders darauf aufmerksam, dass der Vorschlag einer durchschnittlichen 20%igen Lohnsenkung für das Hüttenwerk Ruhrort-Meiderich einen Eingriff in den bestehenden Tarifvertrag bedeutet. Sogar die niedrigen Tarifstundenlöhne der Hilfsarbeiter mit 68 Pfg. sollen um 12 % gesenkt werden. Von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, als Träger der öffentlichen kommunalen Gewalt, müssen wir besonders den Schutz bestehender Verträge im Stadtgebiet Duisburg verlangen. Würde das in jedem Stadium der Verhandlungen zur Verhinderung der Stillegung des Stahlwerkes Ruhrort-Meiderich mit Nachdruck geschehen sein, dann sind wir fest davon überzeugt, dass die Leitung der Vereinigten Stahlwerke zu einem anderen und vernünftigeren Standpunkt in der Stillegungsfrage gekommen wäre.

Insbesondere können die Hüttenwerke angesichts der bedrohlichen Entwicklung des Arbeitsmarktes auch an der Frage der Verkürzung der viel zu langen

Arbeitszeit nicht mehr vorbeigehen. Auch hier liegen Möglichkeiten zur Vermeidung der Stillegung vor, die unverzüglich - wenn nötig durch gesetzliche Massnahmen - ergriffen werden müssen."

SPD. Madrid, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Schicksalsstunde des Königs Alfons XIII. rückt immer näher. Der Versuch Guerras, ein liberal-republikanisches Kabinett zur Wiederherstellung verfassungsmässiger Zustände zu bilden, ist gescheitert. Guerra hat den Auftrag zur Regierungsbildung am Dienstag-Nachmittag zurückgegeben und dem König gleichzeitig geraten, seinen weiter links an der Grenze der republikanischen Partei stehenden Freund Melquiades Alvarez zu beauftragen.

Was Guerra zu seinem Verzicht bestimmt hat, ist noch nicht bekannt geworde Man weiss zwar, dass er sowohl mit dem republikanischen Führer Lerroux, der sic irgendwo in Spanien verborgen hält, und mit dem sozialistischen Führer Prieto verhandelt hat, dass jedoch beide ihre Mitarbeit an der neuen Regierung ablehnten. Ob dieser Misserfolg die Ursache für den Verzicht war, ist fraglich. Andererseits hält man es aber auch für möglich, dass Guerra mit dem König in einen Konflikt geraten sein könnte, da dieser sich nicht leichten Herzens dazu hat verstehen können, als Kriegsminister den General Goded anzuerkennen, der erst kürzlich einen Angriff in Cadix gegen den König und die Diktatur gerichtet hatt Auch die Person des als Innenminister in Aussicht genommenen Burgos Mazo dürfte dem König nicht angenehm gewesen sein, da Mazo ebenfalls seit langem eine heftige Kampagne für die Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung betrieben hat.

Unter diesen Umständen neigt man hier zu der Ansicht, dass der König sich den Forderungen der Republikaner und Sozialisten noch nicht beugen will. Diese Meinung wird dadurch verstärkt, dass in den letzten Stunden zahlreiche Truppenbewegungen um die Hauptstadt vorgenommen worden sind. Man befürchtet daher eine militärischen Staatsstreich zur Einrichtung einer neuen Diktatur, obwohl der zurückgetretene und zur Zeit noch die Geschäfte führende Ministerpräsident Berenguer am Dienstag erklären liess, dass diese militärischen Massnahmen lediglich zum Schutze der öffentlichen Ordnung getroffen worden seien. Die nächsten Stunden werden Klarheit darüber bringen, ob der König sich im Verständnis des Volkswillens dem Spruche einer Nationalversammlung bedingungslos beugen, oder ob er ein letztes Mal zu dem verzweifelten Mittel der Diktatur greifen wird, das sicherlich zur Revolution führen dürfte.

SPD. Dresden, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Im Sächsischen Landtag kam es am Dienstag bei der Beratung eines nationalsozialistischen Antrags auf Auflösung des Parlaments zu stürmischen Szenen. Der Auflösungsantrag wurde mit 63 gegen 25 Stimmen abgelehnt.

Der Nazi-Abgeordnete Studentkowski, der den Antrag seiner Fraktion begründete, liess sich zu einer wüsten Mordhetze hinreissen. Durch Zwischenrufe wurde er u.a. daran erinnert, dass er vor kurzem in einer Versammlung von Schweinen gesprochen habe, die abgestochen werden müssten. Studentkowski nahm auf diese Ausführungen in der Versammlung Bezug und erklärte, mit den Schweinen, die abzustechen seien, habe er nicht deutsche Arbeiter gemeint, sondern die Leute, von denen Hitler vor dem Reichsgericht gesagt habe, dass nach einem nationalsozialistischen Sieg ihre Köpfe rollen würden.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Böchel gab dem Nazi-Mordhetzer die gebührende Antwort. Durch ihr verbrecherisches Treiben - so erklärte Böchel u.a. - wollten die Nationalsozialisten nur ihre Unfähigkeit bemänteln. Als dann der nationalsozialistische Abgeordnete Kunz, der das Schlusswort hatte, seine

Redezeit überschritt, wurde er nach wiederholter Ermahnung durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen. Er redete trotzdem weiter. Infolgedessen unterbrach der Präsident die Beratungen. Während der Pause kam es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Der Nationalsozialist Lasch bedrohte einen der Vizepräsidenten des Landtags tätlich. Er wurde für eine Sitzung aus dem Landtag ausgeschlossen. In der neuen Sitzung teilte Präsident Weckel mit, dass der Nazi-Abgeordnete Kunz insgesamt von sechs Sitzungen ausgeschlossen sei.

Vor der Debatte über den Auflösungsantrag erledigte der Landtag eine ganze Reihe bemerkenswerter Abstimmungen. Mit 47 gegen 44 Stimmen der Sozialdemokratie, Kommunisten und Staatsparteiler wurde ein Antrag angenommen, durch den die Regierung beauftragt wird, dafür zu sorgen, dass aus allen Schulbüchereien das Buch von Remarque entfernt und es im Unterricht nicht mehr verwendet wird. Angenommen wurde ferner ein vom Landvolk und von dem konservativen Abgeordneten gestellter Antrag, die Schüler nicht mehr zu zwingen an Verfassungsfeiern teilzunehmen und wegen ihres Fernbleibens von solchen Feiern nicht mehr zu bestrafen. Für diesen Antrag stimmten auch mehrere Mitglieder der Deutschen Volkspartei, u.a. der Parteisekretär Diekmann. Ausserdem wurde ein konservativer Antrag auf Einführung einer Toten-Gedächtnisfeier, wobei vor allem der Gefallenen des Weltkrieges gedacht werden soll, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Abgelehnt wurde dagegen ein sozialdemokratischer Antrag, der forderte, dass diese Totengedenkfeier im Sinne der Völkerversöhnung durchgeführt werden solle.

SPD. Stuttgart, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Der württembergische Kultusminister hat an die ihm unterstellten Schulen einen Erlass gerichtet, in dem allen Schülern jede parteipolitische Betätigung untersagt wird. Der interessante Erlass lautet :

Jede parteipolitische Betätigung in der Schule, bei Schulveranstaltungen oder bei Veranstaltungen von Schülern ist verboten. Die Schüler dürfen weder unter sich Vereinigungen bilden, die unmittelbar oder mittelbar parteipolitische Zwecke verfolgen, noch Mitglieder parteipolitischer Vereinigungen und ihrer Jugendgruppen sein, sofern sie nicht das wahlberechtigte Alter erreicht haben.

Den Schülern ist es untersagt, an Umzügen und sonstigen öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel teilzunehmen, die von politischen Parteien oder ihren Jugendgruppen veranstaltet werden, an denen sich solche beteiligen. Im übrigen ist es auch nicht erwünscht, dass Schüler unter 18 Jahren an parteipolitischen Versammlungen in geschlossenen Räumen teilnehmen. Es muss in dieser Beziehung die Verantwortung den Erziehungsberechtigten überlassen werden.

Im Bereich der Schulen dürfen Drucksachen, Einladungen, Ankündigungen usw., die sich auf politische Parteien oder parteipolitische Veranstaltungen beziehen, in keiner Form verbreitet werden.

Das Tragen von Abzeichen aller Art mit Ausnahme der etwa eingeführten Klassenmütze ist in der Schule und bei Schulveranstaltungen verboten.

In der Begründung des Verbots nimmt der württembergische Kultusminister Bazille Bezug auf Vorgänge in Ulm anlässlich der Reichsgründungsfeier. Damals hatten die Nationalsozialisten dort einen Fackelzug veranstaltet, an dem sich u.a. auch eine grössere Anzahl von Schülern der höheren Lehranstalten in Klassenmützen beteiligte. Dieses Vorkommnis führte zur schärfsten Kritik in der Öffentlichkeit. Inzwischen hat die Nationalsozialistische Partei in Ulm die Schüler zum Mittwoch zu einer Versammlung des nationalsozialistischen Schülerbundes eingeladen. Diese Dinge dürften das in Ulm dominierende Zentrum veranlasst haben, bei der württembergischen Regierung vorstellig zu werden und den hauptsächlich gegen die Nationalsozialisten gerichteten Erlass des württembergischen Kultusministers herbeizuführen.

SPD. Am Sonntag wird die Reichshauptstadt im Berliner Lustgarten einen wuchtigen Appell des Reichsbanners für die Republik erleben. Diese Kundgebung unmöglich zu machen, ist seit Tagen das Bestreben der nationalistischen Presse und ihrer Trabanten um Hugenberg und Goebbels.

Neuerdings haben die Nazis sich sogar den Spass geleistet, zu einer Gegenkundgebung im Lustgarten aufzufordern. Ob sie dabei wirklich in der Einbildung gelebt haben, dass sie die seit Monaten angekündigte und zugelassene Reichsbannerveranstaltung mit ihrer Gegendemonstration unmöglich machen könnten? Im Reiche des Herrn Frick hätten sie ihr Ziel wahrscheinlich erreicht, in Berlin werden sie abblitzen. Im Reiche des Herrn Frick wäre die Reichsbannerkundgebung verboten und die Nazi-Kundgebung zugelassen worden. In Berlin wird es umgekehrt. Hier wird die seit Monaten zugelassene Reichsbannerkundgebung unter allen Umständen durchgeführt. Verboten wird die Gegenkundgebung der Nazis, deren Zweck offen zu Tage liegt.

SPD. Paris, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Die parlamentarische Untersuchungskommission im Oustric-Skandal hat am Dienstag den aus dem Almazoff-Prozess bekannten ehemaligen Polizeikommissar Benoist, der inzwischen entlassen worden ist, über einen Posten von 17 200 Franken befragt, der "für vertrauliche Nachrichten" an ihn gezahlt worden ist. Benoist, der 18 Monate lang Privatsekretär des italienischen Finanzmannes Gualino war, erklärte die Summe mit einer der üblichen Börsenspekulationen, wonach er Oustric beauftragt habe, einen Posten von Huanchaca-Aktien zu kaufen, die Benoist, ohne sie bezahlt zu haben wieder verkaufen liess, als der Kurs genügend gestiegen war. Der Gewinn betrug 17 200 Franken.

Die Enquete-Kommission hat die Akten über die Vernehmung Benoists der Staatsanwaltschaft übergeben.

SPD. Warschau, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Die polnische Regierung hat der Öffentlichkeit einen Parzellierungsplan für die Durchführung der polnischen Agrarreform im Jahre 1932 übergeben. Kein Zweifel, dass der Plan nur als Kampfmittel der Pilsudski-Regierung gegen das Deutschtum in den Westprovinzen gedacht ist.

Während in allen Wojewodschaften Polens die aufzuteilende Fläche angesicht der geringfügigen Nachfrage nach Siedlungsland gegenüber dem Vorjahre bedeutend verkleinert worden ist, wurde die Parzellierungsfläche in den beiden ehemals deutschen Provinzen Posen und Pommerellen mit 24 000 Hektar und 20 000 Hektar angesetzt, gegenüber 15 000 und 12 000 Hektar im Vorjahre. Diese beiden von Deutschen besonders stark bewohnten Provinzen weisen demnach eine vergrösserte Aufteilungsfläche gegenüber dem Vorjahre auf. Wenn auch die Namensliste des Parzellierungsplans noch nicht vorliegt, so sprechen die Tatsachen doch schon dafür, dass die polnischen Regierungsstellen auch die Bodenreform weniger nach sozialen und wirtschaftlichen als nach nationalpolitischen Gesichtspunkten durchführen, selbstverständlich zum Schaden der nationalen Minderheiten.

Wie verlautet, beabsichtigt die Pilsudski-Regierung zwecks Begutachtung der "Legalität" ihres Vorgehens den Parzellierungsplan diesmal von ihrer Parlamentsmehrheit bestätigen zu lassen.

SPD. Paris, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

In dem französischen Hafen Le Havre kam es am Montag zu schweren Ausschreitungen zwischen organisierten und unorganisierten Werftarbeitern. Fünf Arbeiter wurden schwer, mehr als 20 leichtverletzt.

Gegen zwei Uhr nachmittags hatten sich auf einem der Kais zahlreiche Gruppen von Werftarbeitern versammelt, die sich geschlossen nach der Anlegestelle der Dampfer "Havraise" und "Nordsee" begaben. Etwa 200 Demonstranten überrannten die Schiffswachen und drangen in die Dampfer ein, wo sie ihre arbeitenden Kollegen herausholten. Es kam zu einer schweren Schlägerei, die erst durch die republikanische Garde beendet werden konnte.

Am Dienstag haben von den 6 000 in Le Havre beschäftigten Werftarbeitern nur etwa 200 die Arbeit wieder aufgenommen.

SPD. Stuttgart, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Der einzige, in Württemberg in den Reichstag gewählte deutschnationale Abgeordnete Wider leistete sich in einer Stuttgarter Versammlung seiner Partei demagogische Verdrehungs- und Verdächtigungskünste, die den Agitationsmethoden der Hakenkreuzler an Skrupellosigkeit nicht im geringsten nachstanden.

Wider führte u.a. gegen die preussische Staatsregierung aus: "Nur aus Angst vor Herrn Hugenberg bietet man jetzt alle Mittel auf, um die nationalen Kräfte niederzuhalten. Ich könnte mir vorstellen, dass Reichsbanner und Schutzpolizei in Preussen bereits zu einem Heereskörper verbunden sind. Ich könnte mir vorstellen, dass Tausende von Reichsbanneruniformen bereitliegen und dass bei den entscheidenden Kämpfen dieses republikanische Heer die Reichswehr in Schach zu halten imstande wäre. Ich könnte mir noch mehr vorstellen. Man ist mit Frankreich in diesem Jahre ja sehr intim geworden. Ich könnte miralso denken, dass die derzeitigen Machthaber unter Führung von Herrn Breitscheid sich mit Frankreich so gut stehen könnten, dass im Falle innerer Unruhen Frankreich zum Schutze des Youngplanes gegen die nationale Bewegung in Deutschland einmarschieren könnte. Ich behaupte nichts, ich weiss nichts, aber ich könnte mir das vorstellen."

Mit den Deutschnationalen, dessen Repräsentant der Verleumder Wider ist, sitzt das Zentrum in Württemberg immer noch in der Regierung.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett erledigte am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers laufende Angelegenheiten und verabschiedete u.a. den Entwurf eines zweiten Gesetzes über die Mündelsicherheit von Wertpapieren und Forderungen. Das Reichskabinett nahm dann einen Vortrag des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft über das künftige Agrarprogramm entgegen, wie es in ausführlichen Besprechungen mit den berufenen Vertretern der Landwirtschaft aufgestellt worden ist. An den Vortrag schloss sich eine eingehende Generaldiskussion an. Die Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

SPD. Paris, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Auf der Insel St. Martin de Ré sind am Dienstag 676 Sträflinge auf die "Martinière" nach Guyana eingeschifft worden. Je zwei Mann wurden in dem Galeerenschiff in einem Käfig zusammengekettet. Die Reise dauert vier Wochen. Der grösste Teil der Sträflinge, unter denen sich etwa zwei Dutzend begnadigte Mörder befinden, wird Frankreich niemals wiedersehen.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Preussischen Landtags erklärte Justizminister Schmidt am Dienstag, dass die nationalsozialistische Welle des 14.September auch für die Justiz in den Gerichtssälen spürbar geworden sei. Auf die von dem Abgeordneten Kuttner (Soz) angeführten Einzelfälle aus den Bezirken Naumburg und Kassel versprach der Minister Antwort im Plenum des Landtags.

Abg. Heilmann (Soz) bat den Minister, die Meineide, namentlich in Vaterschafts- und Unterhaltsprozessen durch rechtzeitige Blutgruppenuntersuchungen vorbeugend zu verhindern und an der Ablehnung der Todesstrafe auch festzuhalten, wenn der Fall Kürten zur Verhandlung käme. Von den preussischen Referendaren seien nur 1,8 % Söhne von Arbeitern, Kleinbauern und Privatangestellten in nichtleitenden Stellungen; weitere 1,6 % Söhne von Unterbeamten. Alle übrigen entstammten dem Mittelstand und dem Besitzbürgertum. Daher die rechtspolitische Einstellung der Richterschaft und das mangelnde soziale Verständnis z.B. bei Urteilen über unerlaubte Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter, Nichtabführung von Versicherungsbeiträgen, Nachtbackverbot usw. Die Parteinahme der Gerichte gegen die Polizei für Nationalsozialisten zeige sich in den Schadenersatzprozessen von Personen, die bei Krawallen zu Schaden gekommen seien, und in der Anordnung des Strafverfahrens gegen den Polizeiwachtmeister Becker in Kassel durch das Oberlandesgericht wegen Freiheitsberaubung, weil er bei einem nationalsozialistischen Aufruhr zufällig einen Falschen erwischt hätte. Auch wenn in Krefeld die Nationalsozialisten in Flugblättern, Plakaten und einem halben Dutzend Zeitungsartikel den Zentrumspolizeipräsidenten Elfes als "die schwarze Schmach" hinstellten, koste das nur 120 Mark Geldstrafe. Ebenso lächerlich seien fast alle Strafurteile bei Beleidigung der Minister und der ganzen Regierung. Aber dieselben Richter z.B. Amtsgerichtsrat Lohmeyer in Naumburg gäben wegen Richterbeleidigung regelmässig vier und sechs Monate Gefängnis, und eine Hitlerbeleidigung koste mindestens 750 Mark. Manche Urteile seien nichts anderes als rechtsradikale Volksversammlungsreden. So im Prozess Grzesinski-Düsterberg das neueste Urteil des Landgerichtsdirektors Bühnemann-Halle mit langen Abhandlungen darüber, dass Düsterberg mit dem Kampf gegen den Young-Plan vollkommen recht gehabt habe, dass die preussische Regierung sein Volksbegehren mit verfassungswidrigen Mitteln bekämpft hätte und dass man in der jetzigen Zeit des Gehalts- und Pensionsabbaues hohe Geldstrafen nicht verhängen dürfe. Unter zahllosen Einzelfällen sei vielleicht am tollsten der Freispruch des Redakteurs Dr. Elze durch das Grosse Schöffengericht Halle unter Landgerichtsdirektor Pauly wegen Bezeichnung Otto Brauns als Judas Ischariot und zahlreicher anderer Schimpfworte; die Urteilsbegründung erkläre die Ehre des Ministerpräsidenten für schwer verletzt und den Täter als alten Juristen und Redakteur für voll verantwortlich; aber da er gegen das Konkordat gekämpft hätte, habe er nur berechtigte Interessen wahrgenommen und sei deshalb straffrei. Die preussische Justiz brauche eine andere Personalpolitik als bisher; insbesondere dürfe das Reichsgericht nicht länger als Abstellbahnhof für Richter benutzt werden, die man in der preussischen Justizverwaltung gern los würde. Der Staat brauche ein durchgreifendes Waffenverbot, völlig andere Strafmasse für Beleidigungen im öffentlichen Leben und ein völlig anders wissenschaftlich ausgebildetes Richterpersonal. Dabei sei zuzugeben, dass die Zahl der Richter, die sich derartige politische Exzesse leisteten, in der Gesamtzahl der preussischen Richter gering und die preussische Justiz voll guten Willens für die Gerechtigkeit sei. Aber nicht erkannt sei bisher der grosse Kampf für die Erhaltung des Rechtsstaats gegen die politischen Vorkämpfer des Gewaltstaats.

SPD. London, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Fraktion der Arbeiterpartei trat am Dienstag-Nachmittag zur Erörterung der politischen und wirtschaftlichen Lage zusammen. Der Ausgang der Diskussion wird allgemein mit grosser Spannung erwartet.

Das einleitende Referat hielt Finanzminister Snowden. Er habe, so erklärte Snowden, zunächst verschiedene falsche Auslegungen seiner Unterhaus-Rede zu berichtigen. Bei einigem guten Willen hätten niemals derartige Unrichtigkeiten herausgelesen werden können, die ausserdem auch die finanzielle Stabilität Englands im Ausland zu gefährden drohten. Die Zeiten und die wirtschaftliche Lage seien jedoch derartig, dass nicht so fortgefahren werden könne als wäre alles normal. Das Defizit des Staatsbudgets sei gross und die Arbeiterregierung müsse versuchen es auszubalancieren. Dies nur durch neue Steuern zu tun, wäre lediglich geeignet, die Lage des Volkes zu verschlimmern, bei dem zuletzt immer wieder alle Steuern hängen bleiben würden. Der einfachste Weg zur Beseitigung des Defizits wäre die Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung gewesen. Das habe die Regierung jedoch abgelehnt, da eine solche neue Belastung für die Arbeiterschaft nicht tragbar sei.

"Niemals, so fuhr Snowden mit grossem Nachdruck fort, habe ich ausserdem einen Gedanken an Lohnabbau gehabt. Wenn ich von dem Opfer sprach, die alle Teile des Volkes in der gegenwärtigen Situation zu bringenhaben, so ist es das, dass die Arbeiterschaft vorübergehend auf einen weiteren Ausbau der sozialen Fürsorge, die Familienpensionen, Aufnahme von grösseren Anleihen usw. verzichten muss. England hat im Kriege täglich drei bis fünf Millionen Pfund Sterling ausgegeben. Wenn jetzt Lloyd George seine Pläne durch Riesenanleihen zu verwirklichen zu können glaubt, so sollte er daran denken, unter wessen Regierung die Kriegsschulden gemacht worden sind, die wir heute zu tragen haben und die ja von Lloyd George durch entsprechende Steuern nicht gedeckt worden sind. Die für die Kriegsschulden aufzubringenden Summen sind es, die uns heute fehlen, und die wir heute für soziale Zwecke haben müssten. Es wäre ein Verbrechen von mir, wenn ich der Labour-Party nicht sagen wollte wo wir stehen. Es ist die vornehmste Pflicht der Demokratie, dass die Führer ihrem Gefolge die Wahrheit sagen. Ich habe ein schweres Amt. Auf meinen Schultern liegt die ganze Schwere der ökonomischen Krise. Wenn man aber bei jedem Schritt mit Perfidie behandelt und jeder Schritt verdächtigt wird, dann wird das Amt untragbar. Ich weiss jedoch aus meiner Kenntnis der Arbeiterbewegung heraus, wenn es gilt den harten Tatsachen ins Gesicht zu sehen, weiss die Arbeiterbewegung immer wieder sie zu meistern."

SPD. Paris, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

In Paris auf dem Friedhof Montmartre wurde am Dienstag-Vormittag anlässlich des 75.Todestages Heinrich Heines von der Stadt Düsseldorf ein Kranz niedergelegt. Zu der Feier waren fünf Deutsche und drei Franzosen erschienen, ausserdem zwei französische Journalisten und ein französischer Photograph.

SPD. Amsterdam, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

In dem Amsterdamer staatlichen Museum wurde am Dienstag von einem Manne, dessen Identität bisher nicht festgestellt werden konnte, das berühmte Gemälde von Rembrandt "Die anatomische Lehrstunde" mit einem Beil schwer beschädigt. Der Täter konnte sofort festgenommen werden. Er besass jedoch keine Papiere und verweigerte über seine Person jede Auskunft.

SPD. London, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Der Madrider Korrespondent des "Daily Herald" meldet, dass sich die Lage in Spanien am Dienstag sehr zugespitzt hat. Die Mission Guerras sei vor allem an der Halsstarrigkeit des Königs gescheitert, dem drei Namen auf der vorgeschlagenen Ministerliste nicht gefallen hätten. Ausserdem habe sich Alfons geweigert, seine Rolle als absoluter Monarch aufzugeben. Es werde jetzt eine Militärdiktatur befürchtet. Die sozialistischen Organisationen und die republikanischen Parteien stünden jedoch auf der Wacht, um die Rechte des Volkes zu verteidigen.

SPD. Madrid, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Am Dienstag-Nachmittag um fünf Uhr wurde die Pressezensur angeordnet. Es wird jeden Augenblick die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes erwartet.

SPD. Delhi, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Gandhi ist am Dienstag in Delhi eingetroffen. Er hatte eine vierstündige Unterredung mit dem Vizekönig, die am Mittwoch fortgesetzt wird. Später fand eine Zusammenkunft Gandhis mit den liberalen Führern und anderen Teilnehmern der Londoner Indienkonferenz statt.

SPD. Duisburg, 17.Februar (Eig.Drahtb)

Eine von den Gewerkschaften und dem Betriebsrat der Hütte Ruhrort-Meiderich einberufene Versammlung der früher auf dem Werk beschäftigten und jetzt erwerbslosen Arbeiter lehnte den Vorschlag des Duisburger Oberbürgermeisters auf Wiederaufnahme der Arbeit bei einem 20 prozentigen Lohnabbau einstimmig ab. Am Mittwoch finden Belegschaftsversammlungen statt, die sich ebenfalls mit dem Vorschlag des Duisburger Oberbürgermeisters befassen werden.

Die Gewerkschaften haben inzwischen ein Flugblatt verbreitet, in dem die Arbeiter und Erwerbslosen gewarnt werden, in der gegenwärtigen Not unüberlegt zu handeln und den Tarifvertrag zu zerschlagen.

SPD. Hamburg, 17.Februar (Eig.Drahtb.)

Die Vereinigten Stahlwerke (Bergbau Hamborn) haben Antrag auf Entlassung von 1500 Bergarbeitern gestellt. Die Entlassung, die zum 1.März erfolgen soll, wird mit der bevorstehenden Stillegung der Hütte Ruhrort-Meiderich begründet.

SPD. In und vor dem Ufa-Kino in Berlin-Weissensee kam es am Dienstag abend anlässlich der Vorführung des Films "Das Flötenkonzert in Sanssouci" wieder zu grösseren Demonstrationen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Doppelte Moral.

SPD. Hitler hat die Redaktion der "Augsburger Postzeitung", eines Blattes der Bayerischen Volkspartei wegen Beleidigung verklagt, weil sie im Wahlkampf behauptet habe, Hitler habe den Satz geschrieben, "der Teufel kriecht in die Monstranz und äfft von da aus das kindlich-gläubige Volk." Es stellte sich heraus, dass dieser Satz nicht von Hitler selbst geschrieben worden ist, sondern sich in dem vom "Parteiverlag der Nationalsozialisten vertriebenen "Volksbuch vom Hitler", verfasst von Dr. Georg Schott, in folgender Form findet :

"Den jüdischen Verrat hat Hitler allenfalls noch zu erkennen vermocht. Zu dem Gedanken, dass der Teufel in die Monstranz kriecht und von hier aus das kindlich-gläubige Volk äfft, ist er nicht fähig. War er nicht fähig, bis ihm das Leben auch diese harte Wahrheit beigebracht hat."

Das Amtsgericht München II verurteilte den verantwortlichen Redakteur der "Augsburger Postzeitung" zu 700 Mark Geldstrafe. Es scheint, dass der Satz für Beleidigungen Hitlers bei diesen Richtern in München etwa sechsmal höher ist als der Satz für Ministerbeleidigungen.

Was ist das für eine besondere Ehre des Herrn Hitler, die auf das schwerste bekämpft wird, wenn ihm ein gegnerisches Blatt den in Frage stehenden Satz unterstellt, die es aber ruhig erträgt, dass einer seiner Parteifreunde ihm die darin enthaltene Gesinnung in einem Buche zuschreibt, das zur Propaganda für Hitler bestimmt ist !

Wenn es darum geht, Reklame für sich zu machen, und seinen Parteiverlag ein Geschäft machen zu lassen, ist Hitler diese Form der Spekulation auf die Dummen hochwillkommen. Wenn ihm jedoch die Spekulation vorgehalten wird, fühlt er sich beleidigt. Hat Herr Hitler zwei verschiedene Auffassungen von seiner Ehre?

Die doppelte Moral der Nationalsozialisten lässt sich noch an einem anderen Beispiele nachweisen. Der Hakenkreuzabgeordnete Frank geriet kürzlich im Strafgesetzausschuss des Reichstages in schwere Verlegenheit als ihm das Buch seines Parteifreundes Rosenberg "Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts" mit seiner Propaganda für die Vielehe entgegengehalten wurde. Er verlegnete es glattweg. Herr Rosenberg selbst hat nunmehr öffentlich erklärt, dass das Werk ein rein persönliches Bekenntnis sei. Man muss wissen, was es damit auf sich hat. Dies Werk ist das eigentliche Programmbuch der Nationalsozialistischen Partei, so wie Herr Rosenberg, der geistige Beherrscher und Lenker von Adolf Hitler ist. Wenn es aber gilt, unbequemen Situationen mit Lügen auszuweichen, dann verleugnen die Nationalsozialisten glattweg selbst die Grundgedanken ihrer Bewegung!

Laverrenz fasst an.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Laverrenz hielt in einer Versammlung in Kolberg eine donnernde Rede gegen die Einfuhr ausländischer Luxusgüter. Besonders die französischen Lippenstifte hatten es ihm angetan. Unter geräuschvoller Entrüstung über die Verderbtheit der Frauen, die diese Instrumente des Erbfeindes kaufen, rief er in den Saal:

"Fassen Sie doch kein Frauenzimmer an, das sich Dreck auf die Lippen schmiert."

Die Formulierung dieses Satzes, die einem ostpreussischen Junker Ehre gemacht hätte, enthüllt einen interessanten Einblick in die Stellung, die die Ge-

sinnungsfreunde des Herrn Laverrenz Frauen gegenüber einnehmen. Es scheint, dass man in diesen Kreisen der Meinung ist, dass Frauen dazu da sind, dass man sie "anfasst", und dass die einzige Beziehung, die man dort zwischen Männern und Frauen kennt, eben nur im "Anfassen" besteht. Die Herrschaften, die so schön deklamieren können von der Heiligkeit der Ehe und von der Keuschheit der echten deutschen Frau sehen in Wahrheit die Frau nur auf dem Niveau des Anfassens. Ganz davon abgesehen, dass Herr Laverrenz von seinen männlichen Zuhörern vorauszusetzen schien, dass sie nicht nur Frauen, sondern manchmal auch Frauenzimmer anfassen. Was für Frauenzimmer, Herr Laverrenz?

Der Präzeptor des Dritten Reiches.

Adolf, der Grosse, hat den Lehrer Schemm aus Bayreuth zum Oberzensor über alle Veröffentlichungen von Nationalsozialisten ernannt, in denen Erziehungs- und Schulfragen behandelt werden. Herr Schemm gilt also als der künftige Kultusminister des Dritten Reiches.

Wer ist Herr Schemm? Er ist berühmt durch die Grösse seines Mundwerks und durch die Massivität der unflätigen Beschimpfungen, die er gegen politische Gegner zu schleudern pflegt. Noch vor ein paar Tagen rief er in einer Versammlung in Bremen aus: "Und dabei kann man doch die Führer dieses Systems, der Regierung darf man ja heute nicht sagen, nicht angreifen, ohne sie Lumpen zu nenne. Im gleichen Vortrag führte er aus: Wo ein Volk mit einem anderen in Berührung komme, gelte nur die Macht, so wie das stärkere Bienenvolk das schwächere überfalle und beraube. Wenn man an die Grenze komme, höre Mitleid, Mitfreude, Gut und Böse auf. Man sage nur: Drüben ist was zu erben."

So sieht der Präzeptor des Dritten Reiches aus, und so etwas ist in Deutschland Volksschullehrer!

Prolet und Kommerzienrat.

In Glauchau in Sachsen hatte ein 68 jähriger Mann wegen schwerer unheilbarer Krankheit seinem Leben ein Ende gemacht. Die Witwe bat den evangelischen Geistlichen unter Tränen, bei der Grabrede das für sie schreckliche Wort "Selbstmörder" nicht zu gebrauchen. Der Pfarrer versprachs, aber am Grabe, dem er den Rücken wandte, gebrauchte er zwanzigmal das Wort "Selbstmörder" und nannte den aus dem Leben Geschiedenen einen "ganz gesunkenen Menschen".

Gleichzeitig erhält man aus Nürnberg folgende Meldung: Kommerzienrat Göpfert ist infolge eines Nervenzusammenbruches aus dem Leben geschieden. Göpfert war Vorstandsmitglied des Bayerischen Industriellenverbandes."

Wird an dessen Grabe auch ein Pfarrer ihn als einen "ganz gesunkenen Menschen" bezeichnen und zwanzigmal von Selbstmord reden? Wers glaubt, der kennt die evangelischen Pfarrer schlecht!

Bürger Franzen.

Herr Anton Franzen, Minister des Landes Braunschweig, von Hakenkreuz-Gnaden pflegt sich auf den Dörfern in Braunschweig in Hakenkreuzversammlungen mit einem grossen Hakenkreuz im Knopfloch zu zeigen. Indessen hat sein Bekennermut eine Grenze. Wenn der Herr Minister nach Berlin zum Reichstag fuhr, und im Zug den Speisewagen betrat, so pflegte er sein Hakenkreuz nicht auf, sondern unter die Rockklappe zu stecken. Warum das? Auf dem Lande in Braunschweig ist der Herr Minister der revolutionäre Hakenkreuzheld, in der Eisenbahn aber will er nicht als der Revolutionär gelten, sondern als das, was er wirklich ist, als der brave Bürger. Dort will er inkognito auftreten, er will Mensch unter Menschen, Spiessbürger unter Spiessbürgern sein. Das ist seine ganze Sehnsucht!

Aus aller Welt

Jahrgang 1917.

Milieugefährdete Jugend - Menschen werden "sortiert" - In diesem Jahr 75 Prozent Lehrstellen weniger.

SPD. Wenige Wochen noch und der Jahrgang 1917 verlässt die Schule. In einem Augenblick tiefster wirtschaftlicher Depressionen, die nahezu fünf Millionen Deutsche in Arbeitslosigkeit und schwere materielle Not stürzt, tritt der vorletzte Jahrgang Kriegskinder in das Erwerbsleben.ein. Eine Reportage in der Berufsfürsorgestelle des grössten Berliner Arbeitsamtes gibt ein Bild von der Arbeit, die von verantwortungsbewussten Männern und Frauen aufgewandt wird, um diese jüngste Generation einem möglichst geregelten Erwerbsleben zuzuführen.

Schatten der Zeit.

In dem grossen Warteraum sitzen Jungs und Mädels, fast alles Schulabgänger aus den Berliner Gemeindeschulen. Die Wintersonne scheint ihnen durch die Fenster gerade ins Gesicht. An den Wänden hängen Bilder - Darstellungen aus dem Berufsleben. In Schaukästen liegen Arbeitsproben - technische Modelle. Die Mädchen interessieren sich wohl mehr für die Kleidchen und Wäschestücke, die Berliner Berufsschülerinnen im Werksunterricht angefertigt haben. Die Jungen stehen mit grossen Augen vor den Modellen der Feinmechaniker, der Werkzeugmacher, der Drucker und Schriftsetzer. Die andern sitzen still auf ihrem Platz, blättern in den ausliegenden Zeitschriften - und warten. Sie haben Marken in der Hand, die Jungen blaue, die Mädchen rote. Manche sind mit ihren Eltern gekommen. Ein wenig sorgenvoll ist das Gesicht der Mutter und auch auf den Kindergesichtern liegen die Schatten von Früh-Erlebtem. Vielleicht ist der Vater arbeitslos. Wird nun eine Lehrstelle frei sein? Werd' ich lernen können, was ich mir wünschte? denken die Vierzehnjährigen. Die Berufsberater laufen mit weissen Kitteln durch den Raum; Namen werden aufgerufen. -

"Die Lehrstellenvermittlung ist in diesem Jahre besonders schwierig", sagt der Leiter der Berufsberatungsstelle. Die Zahl der angebotenen Lehrstellen ging gegenüber anderen Jahren um 75% zurück. Dadurch aber ist der Geburtenausfall, der bei diesem Jahr etwa 45% beträgt, und von dem man sich einen gewissen Ausgleich erhoffte, durch die katastrophale Lage des Arbeitsmarktes ohne Wirkung geblieben.

Die Warnung Lieschen Neumann.-

Ein Spezialschild interessiert: "Beratungsstelle für erwerbsbehinderte und fürsorgebedürftige Jugend". Nur wenige grosse deutsche Arbeitsämter besitzen diese Sonderberatungsstelle. In ihren Händen liegt die Berufsberatung und Stellenvermittlung nicht nur für Körperbehinderte - für Krüppel, Sprachgehemmte - für Seh- und Hörschwache - sondern in der Hauptsache auch für Fürsorgezöglinge und milieugefährdete Jugendliche. Anlässlich des Lieschen Neumann-Prozesses ist die breiteste Oeffentlichkeit wieder einmal auf das Milieu aufmerksam gemacht worden, in dem noch Tausende Berliner Proletarierkinder aufwachsen. In dem Milieu der Mietskasernen mit ihren sonnelosen Hinterhäusern des Berliner Norden, dem Milieu der durch Arbeitslosigkeit und Wohnungselend zerstörten Familien. Und gerade diese Jugend hat ein ganz besonderes Anrecht auf einen geordneten Lebensweg, der ihr Arbeit und Brot - ein Dach über dem Kopf und ein wenig Glück und Zufriedenheit verspricht. Dafür will diese Sonderberatungsstelle sorgen. Sie besteht seit dem Jahre 1920. Seit 10 Jahren also versucht sie, einem Teil der heranwachsenden Jugend, deren Kindheit schon von

Elend und Not, von Leid und Schaden verdüstert war, einen Weg ins Erwerbsleben zu bahnen. Und der Erfolg: durchschnittlich 45% der für eine Lehrstelle in Frage kommenden Besucher der Beratungsstelle konnten im Vorjahre vermittelt werden.

Der Leiter der Beratungsstelle erklärt, dass man jeden einzelnen Vermittlungsfall mit der grössten Sorgfalt behandele. So schicken beispielsweise die grossen Fürsorgeanstalten, die städtischen Heime ihre Zöglinge zur Berufsberatung. Sie werden auf ihre Eignung geprüft und dann entweder in den Heimwerkstätten selber ausgebildet, oder man vermittelt ihnen Lehrstellen mit Kost und Logis. Die Vermittlung geschieht nicht schematisch, sondern individuell. Von den Fürsorgezöglingen wurden zeitweise bis zu 46% in Lehrstellen vermittelt, von den vom Jugendamt geschickten Schulabgängern, es waren kranke, schwer erziehbare und milieugefährdete Kinder, 50% - die Hilfsschüler, (Berlin hat etwa 70 Hilfsschulen) wurden zu 56%, die Sonderschüler (Hör- und Sehschwache, Sprachgehemmte), 80% und die Krüppel, deren Vermittlung am schwierigsten war, zu 25% vermittelt. "Und was geschieht mit denen, die nicht vermittelt wurden?" (Allein das Berliner Arbeitsamt Mitte hat 12 - 1400 ungelernte jugendliche Arbeiter, die seit der Schulentlassung keine Arbeit fanden). Man hat in der letzten Zeit Werkstätten eingerichtet, in denen sie mit einfachen Arbeiten beschäftigt werden. Viele mussten erst einmal zur Erholung und Kräftigung aufs Land geschickt werden, bei andern wurde der Schulbesuch um ein Jahr verlängert, weil sie, unterernährt und in der Entwicklung zurückgeblieben, einfach noch nicht berufsfähig waren. -

Jedem seine Chance!

Eine Viertelstunde in der Eignungsprofstelle: Der Prüfraum, er sieht aus wie ein grosses Schulzimmer, kann 30 Berufsanfänger zu gleichzeitiger Prüfung aufnehmen. Zuerst eine allgemeine, theoretische Intelligenzprüfung, die schriftlich von allen gemeinsam absolviert wird - danach Prüfung des Gedächtnisses in Bezug auf gesehene Formen. Dann Sonderprüfungen zu Vieren und Fünfen auf Handgeschicklichkeit, Farbensinn, Geschmack, räumlich-konstruktives Denken und Erfassen usw. So muss beispielsweise aus merkwürdig zugeschnittenen Holzteilen ein Würfel zusammengesetzt werden; oder die Prüflinge müssen Holzperlen ein paarmal schnell auf einen Draht reihen, Drahtstücke in irgendeine gegebene Form biegen. Die Prüfungen, die sich über einen ganzen Vormittag erstrecken und von Psychologen geleitet werden, ergeben beim Hinsehen nicht den Eindruck des Schematischen, sie bemühen sich vielmehr auf die Besonderheiten eines jeden Einzelnen einzugehen. So lässt sich durch sie immerhin feststellen, ob der Junge beispielsweise Maschinenbauer werden soll, oder ob seine technischen Fähigkeiten so gering sind, dass man ihm zu einem andern Beruf raten muss. Oft erfolgen die Prüfungen auf Wunsch des Lehrherrn, vielfach auch auf den eigenen des Jugendlichen oder auf Ersuchen des Berufsberaters. Die Zahl der Prüfungen betrug im vorigen Jahr etwa 6 000. Sie steigt von Jahr zu Jahr. Hier wird das junge Menschenmaterial von den kundigen Händen der Psychologen zwar gesichtet und sortiert - aber man versucht auch jedem seine Chance für den kommenden Erwerbskampf herauszufinden. Mehr als je kommt es wohl heut darauf an, den jungen Menschen an die Stelle zu bringen, wo er nicht nur arbeiten kann, sondern wo ihm Arbeit auch Freude und Erfüllung bedeutet. - -

Tag um Tag sitzen die jungen Menschen vor ihrem ersten Schritt ins grosse Leben hier im Warteraum. In wenigen Wochen ist Schulschluss. Die Tür der Sonderberatungsstelle klappt auf und zu: Die Jugendämter schicken ihre schwierigen "Fälle", Krüppel und Psychopathen werden gebracht, Eltern kommen mit ihren Kindern und kummervollen Gesichtern - für alle soll ein Weg gefunden werden, Beruf und Brot.

P.

+ + +

Brandkatastrophen. In Mecklenburg waren in den letzten Tagen zahlreiche schwere Brände zu verzeichnen. Auf dem Gute Ruthenbeck wurde eine Getreidescheune durch ein Schadenfeuer vollständig vernichtet. Auf dem Gute Buhrow gerieten zwei Wirtschaftsgebäude in Brand. Das Feuer dehnte sich mit solcher Schnelligkeit aus, dass etwa 30 Stück Grossvieh in den Flammen umkan. In der Ortschaft Pampow wurden Wohnhaus, Scheune und Viehställe eines Landwirts vollständig eingeäschert. Das Vieh konnte gerettet werden. Zahlreiche Erntevorräte wurden jedoch vernichtet.

+ + +

Prozess um Paragraph 218. Vom Schwurgericht Glatz wurde eine Frau Martha Greulich aus Münsterberg/Schlesien wegen zwei vollendeter und zwei versuchter Abtreibungen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. - Das Schicksal der 36 jährigen Angeklagten die bereits sechs Kindern das Leben geschenkt hat, entrollte das Bild einer erschütternden Proletariertragödie. Bei einem Wochenverdienst des Mannes von 27 Mark sah Frau Greulich der Geburt eines siebenten Kindes mit umso grösserer Sorge entgegen, als sie dadurch ihre Arbeit zu verlieren fürchtete. Der Abtreibungsversuch, den sie in ihrer Not unternahm, glückte. Als sich später ihre Schwester, die ein drittes uneheliches Kind austragen sollte, ratsuchend an sie wandte, half sie auch ihr. Die Begebenheit sprach sich herum, und auf die dringende Bitte dieser oder jener Arbeitskollegin, die sich in ähnlicher Notlage befand, liess sich Frau Greulich ab und zu zur Abtreibung herbei. Sie forderte niemals einen Pfennig Entgelt, aber allein in der Tatsache, dass sie nachträglich kleine Entschädigungen nicht zurückwies, sah der Anklagevertreter die Gewerbsmässigkeit als gegeben an und beantragte ein Jahr und fünf Monate Zuchthaus. Das Gericht verneinte die Gewerbsmässigkeit, betrachtete jedoch das Treiben wegen der Unzulänglichkeit der Massnahmen als gemeingefährlich und somit strafbar. Zwei Monate Untersuchungshaft werden angerechnet.

+ + +

22 Schieber verhaftet. Durch Beamte der Berliner Kriminalpolizei wurden 22 Mitglieder einer sogenannten "Wechselschieber G.m.b.H." verhaftet, die es verstanden hatten, sich alte Akzepte von Firmen zu verschaffen und mit den erforderlichen Unterschriften zu versehen, um sie auf die Namen grosser Industriefirmen auszustellen. Die Schwindler, die die Papiere mit äusserstem Raffinement ausfüllten, setzten dann die Wechsel an den verschiedensten Stellen Deutschlands in Umlauf. Die Sache erregte auf dem Wechselmarkt und an der Börse bald Beunruhigung und kam zum Glück schon nach kurzer Zeit ans Tageslicht. Die Beträge, die zu erschwindeln versucht wurden, belaufen sich auf etwa zwei Millionen Mark.

+ + +

Lilian Leitzels Einäscherung. Der Leichnam der Artistin Lilian Leitzel, die in einem Kopenhagener Variété tödlich verunglückte, soll am Donnerstag in Kopenhagen eingeäschert werden. Die Urne wird dann nach Kalifornien, der Heimat der Artistin, übergeführt werden.

+ + +

"Ju 52". Am Dienstag Nachmittag zeigten die Dessauer Junkerswerke auf dem Berliner Flughafen erstmalig ihr neues Grossfrachtenflugzeug für lange Strecken "Ju 52". Das Frachtenflugzeug, das eine Flügelspannweite von 29 Metern hat, kann selbst bei einer Entfernung von 2 000 Kilometern noch annähernd 1500 Kilogramm Nutzlast befördern. Der Laderaum ist so lang und breit, dass beispielsweise mehrere Kleinautos mitgenommen werden können. Grosse Ladeluken an den Seiten und am oberen Teil des Rumpfes ermöglichen bequemes Laden und Entladen von sperrigen Gütern. Später soll in die Maschine ein Junkers-Rohölmotor eingebaut werden.

+ + +

Eckener kauft "R 101"-Reste. Die Aluminiumreste des in Frankreich verunglückten englischen Luftschiffs "R 101" sind vom Luftschiffbau Graf Zeppelin in Friedrichshafen aufgekauft worden. Das in den nächsten Tagen in Friedrichshafen eintreffende Material soll eingeschmolzen und beim Bau des neuen Luftschiffes verwendet werden.

+ + +

Eisenbahnkatastrophe. In der Nähe der polnischen Stadt Demblin stiess ein Personenzug mit einem rangierenden Güterzug zusammen. Vier Wagen kamen zur Entgleisung, sechs Passagiere wurden zum Teil schwer verletzt.

+ + +

Freitod durch Dynamit. Ein Tischlermeister aus Böhmisch-Wiesenthal (Erzgebirge) beging Selbstmord, indem er eine Dynamitpatrone in den Mund steckte und zur Explosion brachte. Der Schädel des Unglücklichen wurde vollständig zertrümmert. Das Motiv der grausigen Tat ist in wirtschaftlicher Not zu sehen.

+ + +

Zeppelins Kairo-Fahrt. Ende März wird der Fahrtenbetrieb des Luftschiffs "Graf Zeppelin" wieder aufgenommen. Der Fahrplan, der im Laufe der nächsten Woche fertig vorliegen wird, sieht für April eine grössere Fahrt nach Aegypten und Palästina mit zwei Landungen in Kairo vor. Von der beabsichtigten Nordpolfahrt wird in diesem Jahre Abstand genommen werden.

+ + +

Englischer Finanzskandal. In Glasgow wurden 12 leitende Angestellte der schottischen "Amalgamated Silks"-Gesellschaft verhaftet, denen vorgeworfen wird, die Summe von 438 000 Pfund, die von der Oeffentlichkeit für Aktien gezeichnet worden waren, für Privatzwecke verwandt zu haben. Die genannte Gesellschaft liquidierte im Herbst vorigen Jahres.

+ + +

Schüsse im Hotel. In einem Luxushotel in Monte Carlo begingen ein aus Paris stammender Kaufmann und seine Geliebte Freitod durch Erschiessen. Wie aus einem hinterlassenen Brief hervorgeht, trieb unglückliche Liebe das Paar zur Tat.

+ + +

Blutbad im Sowjetgefängnis. Im Gefängnis von Minsk ereignete sich eine fürchterliche Szene. Während des Morgenspaziergangs der Gefangenen erlitt einer der Wärter der Häftlinge plötzlich einen Wahnsinnsanfall und gab auf die ruhig den Hof umkreisenden Sträflinge mehrere Schüsse ab. Einer der Häftlinge wurde getötet, zwei erlitten schwere Verletzungen. Als die anderen Gefangenen in panischem Schrecken zu flüchten versuchten, glaubten der Gefängniskommandat und die übrigen Bewachungsmannschaften, dass es sich um eine Meuterei handele. Es wurde scharf geschossen. Zwei Gefangene wurden durch diesen tragischen Irrtum getötet, drei lebensgefährlich verletzt.

+ + +

Spionenverhaftung in Prag. In Prag wurden acht Personen verhaftet, die beschuldigt werden, in einer dortigen Gasmaskenfabrik sowie in einer Waffenfabrik in Brünn Industriespionage, wahrscheinlich für Sowjetrussland, getrieben zu haben. Unter den Verhafteten befinden sich ein Wiener Journalist, zwei Prager Kommunisten und ein Prager Industrieller, der Konkurrent der Gasmaskenfirma ist. Es sollen Korrespondenzen entwendet worden sein, aus denen sowohl die Produktionsmethoden als auch die Mengen der nach dem Ausland exportierten Waren ersichtlich sind.

+ + +

Zugtelefonie auch in Frankreich. Nach deutschem Muster soll in diesem Jahr auf den französischen Eisenbahnlinien Paris - Brest, Paris - Havre, Paris - Dieppe und Paris - Cherbourg Zugtelefonie eingerichtet werden.

Gewerkschaftliche Rundschau

Vor Arbeitskämpfen auf dem Rhein?

SPD. Die Lohn= und Manteltarife für die Rheinschiffahrt, die bis zum 31. März 1931 laufen, sind von den Reedern gekündigt worden. Noch sind zwar die Vorschläge, die die Reeder für die Neugestaltung der Tarifverträge zu machen gedenken, im einzelnen unbekannt. Aber weder über die Grundtendenz noch über die Ausmasse ihrer Forderungen herrscht ein Zweifel. Ihre Versuche sind auf einen starken Abbau der Löhne und Arbeitsbedingungen gerichtet. Neuerliche Aeusserungen namhafter Reedervertreter - z.B. von dem Generaldirektor des Fendel=konzerns, Jaeger, auf einem Diskussionsabend der Handelskammer Mannheim und von dem Generaldirektor des Hanielkonzerns, Welker, bei einer Ansprache an Firmenjubilare - lassen das Ziel der Arbeitgeberpolitik deutlich erkennen: Angleichung der deutschen Lohnkosten an die holländischen. Nüchtern zahlen=mässig ausgedrückt bedeutet das nichts anderes als die Forderung einer noch=maligen,und zwar 20prozentigen Lohnsenkung,nachdem der Schiedsspruch vom 26. November 1930 schon einen siebenprozentigen Lohnabbau gebracht hat.

So weitgehende Lohnkürzungen hat in den vergangenen Wochen der Lohnabbau=welle keine Arbeitgebergruppe verlangt. Die Rheinreeder, durch direkte und in=direkte Abhängigkeiten mit der Schwerindustrie an der Ruhr eng verknüpft,ge=hen aufs Ganze! Sie rechnen damit, dass die zermürbende Wirtschaftskrisis mit ihrer furchtbaren Arbeitslosigkeit die innere Widerstandskraft der Schiffs=personale gebrochen habe. Wenn auch vielleicht im November vorigen Jahres bei einigen Gruppen der Binnenschiffer die Kampflust nicht gross war, weil sie an=gesichts des Arbeitens der "Lohnguillotine" des staatlichen Schlichtungsappa=rates resignierten und den "normalen" Lohnabbau als unvermeidlich ansahen - die neue Attacke der Reeder hat die Haltung der Arbeitnehmer in der Rhein=schiffahrt durchweg verändert. Die Zumutung weiterer grosser Lebenshaltungs=kürzungen hat eine masslose Erbitterung ausgelöst, aus der ein entschlossener und einheitlicher Abwehrwille erwächst. Die Gewerkschaften haben es leicht, die Vorbereitungen für den etwaigen Ausbruch eines Arbeitskampfes zu treffen.

Diejenigen, die die Lage der deutschen Rheinschiffahrt übersehen,wissen, dass es zu einem offenen Lohnkonflikt im Interesse der Allgemeinheit nicht kommen darf. Schon der sechswöchige Arbeitskampf im Jahre 1928 hat nicht nur den Rheinreedereien und Rheinpartikulier-Schiffern, sondern auch der gesamten rheinischen Wirtschaft Millionenverluste gebracht. Die Rückwirkungen eines Streikes würden heute, wo wir uns mitten in einer schweren Wirtschaftsdepres=sion befinden, katastrophale sein, zumal auch diesmal mit einer langen Dauer des Arbeitskampfes gerechnet werden müsste. Und so wenig ein offener Lohn=konflikt allgemein-wirtschaftlich erträglich wäre,so wenig wäre er politisch zu verantworten. Es bleibt unverständlich,wie die Rheinreeder, von denen man=che den Anspruch erheben,"Führer der Wirtschaft" zu sein,so kurzsichtig sein können,dass sie die politischen Konsequenzen ihrer überspannten Forderungen nicht überblicken. Ihre scharfen Angriffe auf den Lebenstandard ihrer Arbeit=nehmer sind Wasser auf die Mühle des Radikalismus. Oder wollen sie gerade eine Stärkung des Radikalismus? Ist ihre Feindschaft gegen die gewerkschaftlichen Organisationen und das Tarifvertragswesen so gross,dass sie versuchen,mit den Teufeln des Kommunismus und Nationalsozialismus Kirschen zu essen? Die demo=kratische Republik wird sich solche gefährlichen Experimente nicht gefallen lassen können. Auch die Regierung Brüning wird der Meinung sein,dass Lohn=

kürzungen über das von ihr bisher innegehaltene Mass gegenwärtig eine zu hohe politische Belastung darstellen und an den Lebensnerv des Staates greifen. Sie wird es, wenn sie recht beraten ist, auch in der Rheinschiffahrt bei der Lohnsenkung von 7 %, die der Novemberschiedsspruch den Binnenschiffern vom Rhein auferlegte, belassen.

Eine solche Einstellung ist von den Organen der staatlichen Lohnpolitik um so mehr zu erwarten, als die Begründung des Schiedsspruchs vom 26. November ausdrücklich betont, dass es sich bei der 7%igen Lohnsenkung "um ein wohlabgewogenes Ergebnis handelt, das gerade noch soviel verantwortbar erscheint." Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitnehmerschaft haben sich seit November 1930 nicht geändert, so dass also jeder weitere Lohnabbau - und sei er auch noch so gering - nach den Feststellungen des Novemberschiedsspruches eine soziale Verantwortungslosigkeit wäre. Wer aber wollte bei der Massennot und dem Massenelend der Gegenwart einen solchen Vorwurf auf sich nehmen?

Auch heute noch gilt die Feststellung des Novemberschiedsspruchs, dass die "Frage der Lohnkosten nicht anders als im Zusammenhang mit dem gesamten Lohn- und Preisproblem zu lösen ist". Wohl liegen die Löhne der deutschen Binnenschiffer über den Löhnen der holländischen Binnenschiffer - dass die gleiche Lohnspanne auch schon vor dem Kriege vorhanden war, wird von den Reedern meistens verschwiegen - aber ebenso liegt das allgemeine deutsche Lohnniveau über dem holländischen. "Angleichung der deutschen Lohnkosten an die holländischen", wie sie Arbeitgeber der Rheinschiffahrt fordern, hiesse, die Rheinschiffer aus dem Zusammenhang mit dem allgemeinen Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft herauszureissen, hiesse, sie zu sozialen Parias herabdrükken. Das aber kann und darf niemals das Resultat deutscher Lohn- und Sozialpolitik sein. Auch soziale Erfordernisse sind nationale Notwendigkeiten, die es verbieten, die - tatsächlich und scheinbar - vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Rheinschiffahrtsunternehmungen durch soziale Degradierung der Binnenschiffer zu beheben. Dazu gibt es andere Möglichkeiten; denn wenn heute die Reeder und Partikuliere auf dem Rhein um die Rentabilität und Existenz ihrer Betriebe bangen, so tragen daran nicht die hohen Löhne und nicht einmal die Wirtschaftsdepressionen schuld, sondern die schweren Strukturfehler der Rheinschiffahrt selbst. Es wäre gut, wenn die Rheinreeder ihre Energie auf die Ueberwindung dieser Strukturfehler richten würden.

SPD. Die Reichsbetriebsräte-Konferenz des Gesamtverbandes wurde am Dienstag abgeschlossen. Die Aufgabe der Betriebsräte bei der Durchführung des Gesundheits- und Unfallschutzes wurde von dem ADGB-Sekretär Sachs klargelegt. Lengersdorf, der Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung des Verbandes sprach über "Die Arbeiter in Staat und Wirtschaft".

Eine furchtbringende Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Eindämmung der Gefahren für Leib und Leben, so führte Sachs aus, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Betriebsräte auf diesem Gebiet ihren Mann stellen. Das Gebiet der Unfallverhütung stellt eine sehr beachtenswerte Erweiterung des Betätigungsfeldes der Betriebsräte dar. Die neuen Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften geben einem Betriebsrat, der Energie und Initiative entwickelt, allerhand Möglichkeiten, etwas für den Schutz seiner Kollegen zu tun. Dem Betriebsrat muss unter allen Umständen ein Stück der Unfallverhütungsvorschriften ausgehändigt werden, damit er die wichtigsten Bestimmungen kennenlernt und auch seinen Arbeitskollegen klar machen kann. Ferner ist für die Zukunft die Teilnahme des Betriebsrats bei den Betriebsrevisionen der Berufsgenossenschaften vorgesehen; Betriebsrat und Revisionsbeamte sollen gegenseitig ihre Beobachtungen und Erfahrungen austauschen. Wenn in Zukunft ein Unternehmer Anordnungen trifft, die von den Unfallverhütungsvorschriften abweichen und er zu diesem

Zweck bei der Berufsgenossenschaft einen Antrag stellt, dann ist hier für eine vorherige Erklärung des Betriebsrates notwendig, worin sich dieser mit der Abänderung einverstanden erklärt. Auch an der Untersuchung der Unfallursachen soll der Betriebsrat teilnehmen. Hier ist es allerdings nicht seine Aufgabe, die Schuldfrage zu untersuchen, sondern die Klärung der direkten und indirekten Ursachen des Unfalls. Gestützt auf seine Beobachtungen, soll er dann Fingerzeige zur Verhütung von ähnlichen Unfällen geben.

Neben den Unfallgefahren - im Jahre 1929 ereigneten sich 167 000 schwere und 9 500 tödliche Unfälle - erhalten in neuerer Zeit die Gefährdungen der Gesundheit immer grössere Bedeutung. Die Neuerungen der Technik, die neuen Arbeitsmethoden und die Verwendung neuer Arbeitsstoffe haben neue, nur schwer feststellbare, vielfach unsichtbare Erkrankungen hervorgerufen. Dieser schleichenden Gefährdung der Gesundheit muss besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Hier liegt ebenfalls eine Aufgabe des Betriebsrats.

Betriebsrat, Belegschaft und Betriebsleitung sollen möglichst gemeinschaftlich die Unfallgefahren bekämpfen und eindämmen. Erfahrungsgemäss ist natürlich die Förderung der Unfallverhütung sehr stark von dem organisatorischen Verhältnis eines Betriebes abhängig. Nur wo ein gutes Organisationsverhältnis besteht, kann ein Betriebsrat für den Schutz der Arbeitskollegen etwas tun.

Lengersdorf gab zunächst eine Darstellung der schwierigen Lage der Arbeiterschaft im Obrigkeitsstaat der Vorkriegszeit und schilderte dann den Kampf der Unternehmer gegen den neugeschaffenen Volksstaat. Nachdem das Unternehmertum erkannt habe, dass es in Gemeinde, Staat und Reich mittels des Stimmzettels keinen entscheidenden Sieg erringen könne, habe es die Aucharbeiterbewegung der Nazi ins Leben gerufen. Die Gewerkschaften müssten den Kampf gegen die nationalsozialistischen Büttel der Unternehmer auf der ganzen Linie aufnehmen und in dem gleichen Masse wie die Partei aktivieren. Hierbei falle den Betriebsräten, als dem Vortrupp der Arbeitermassen eine besonders wichtige Aufgabe zu.

Die Wahl des Beirates der Betriebsräteabteilung im Gesamtverband erfolgte entsprechend den Vorschlägen, die der Konferenz vorlagen, und die Bedeutung der organisatorischen Zusammenfassung der Betriebsvertretungen im Gesamtverband wurde von der Reichskonferenz in einer besonderen Entschliessung hervorgehoben. Diese Zusammenfassung nach Orten und Bezirken und insgesamt wird von der Konferenz für eine zwingende Notwendigkeit gehalten, die sowohl im Interesse der Betriebsvertretungen wie des Verbandes liege. Nur dann, wenn Betriebsvertretungen und Organisation gemeinsam tätig seien, könne eine leistungsfähige Bewegung der Betriebsvertretung im Verbande geschaffen werden. Verwaltungen und Bezirke müssten daher den in der Verbandssatzung und im Organisationsplan vorgesehenen Aufbau der Betriebsvertretungen restlos durchführen, und die örtlichen Ausschüsse und Betriebsräte hätten im Zusammenwirken mit der Abteilung für Betriebsvertretungen beim Verbandsvorstand und den sonstigen Verbandsorganen die ihnen übertragenen Aufgaben in vollem Umfange zu erfüllen. Nur gemeinsame Arbeit aller im Verbande tätigen Mitglieder und Funktionäre könne einen Fortschritt bringen. Zur Betriebsrätewahl selbst nahm die Reichskonferenz ebenfalls eine Entschliessung an, worin auf die Schwere des Kampfes mit besonderem Nachdruck hingewiesen wird. "Die Reichskonferenz" - so heisst es in der Entschliessung - "erwartet von allen Funktionären und Betriebsvertretungsmitgliedern, dass sie die Agitation für die Wahlen in ihren Organisationsgebieten ganz energisch und mit aller Entschiedenheit betreiben. Die Belegschaften sind über die Folgen, die sich aus der Besetzung der Betriebsvertretungen mit anderen als freigewerkschaftlichen Vertretern ergeben, bereits vor den Wahlen genügend aufzuklären. Als Kandidaten dürfen nur freigewerkschaftliche Mitglieder auf die Vorschlagslisten gesetzt werden. Die Mitglieder werden ersucht, sich auf diese Posten freiwillig und in ausreichendem Masse zur Verfügung zu stellen. Mitglieder, die sich auf Gegenlisten sowie kommunistischen oder nationalsozialistischen Vorschlagslisten aufstellen lassen, sind auf die Konsequenzen ihrer Handlungsweise hinzuweisen.

Es ist ihnen klarzumachen,dass sie mit dem Ausschuss aus dem Verbande zu rech= nen haben.

Die Reichskonferenz für Betriebsvertretungen des Gesamtverbandesruft alle Verbandsmitglieder auf, für die Einheit der Gewerkschaften einzutreten,die be= sten Kollegen in die Betriebsvertretungen zu wählen und allen Arbeitnehmern klarzumachen,dass sie nur mit Hilfe starker Gewerkschaften ihre Lage verbessern können. Auf zu den Betriebsrätewahlen 1931."

SPD. Der Stillungsterror der Vereinigten Stahlwerke im Fall Ruhrort= Meiderich wird nicht nur bei den freien Gewerkschaften, sondern auch bei den rechtsstehenden bürgerlichen Arbeitnehmerorganisationen als unerträgliche Her= ausforderung charakterisiert. So wendet sich der Gauvorsteher Karl Baudach im DHV, in einem scharf gehaltenen Aufsatz dagegen,dass die Leitung eines Gross= konzerns an dem das Schicksal vieler tausend Menschen hängt,ohne jede Rück= sicht auf die Existenz dieser Tausende ein Werk stillegen könne,ohne dass hier die Staatsmacht eine sorgfältige Prüfung der Gründe verlange und evtl. von einem Vetorecht Gebrauch mache.

Ueber die wenig glückliche Rolle der Angestelltenschaft der Hütte Ruhrort= Meiderich schreibt Baudach,dass die Werksleitung unter Einsatz der ihr erge= benen Unterführer alles aufgeboten habe,um die Angestelltenschaft in ihrer Haltung zu beeinflussen und einzuschüchtern. Ein "in letzter Stunde" mit "meh= rere Belegschaftsmitglieder" unterzeichnetes Flugblatt sei sicherlich als Er= gebnis solcher Beeinflussung zu werten.

SPD. Die Verbandsvorstände der Buchdrucker und Hilfsarbeiter haben in einem scharfen Protest gegen die Verbindlichkeitserklärung des Lohnabbau= schiedsspruchs für das Buchdruckgewerbe Stellung genommen. Sie empfehlen ih= ren Mitgliedern, nach besten Kräften im Sinne des vom Verband bei den Verhand= lungen vertretenen Antrages zu wirken, wonach unter Beibehaltung des bisher= rigen Lohntarifs eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden und ein für beide Teile erträglicher Lohnausgleich eine entsprechende Mehr= einstellung von Arbeitskräften ermöglichen soll. Dass tarifwidrige Kampfmass= nahmen auf diesem Weg vermieden werden müssen, sei - so heisst es in dem Auf= ruf weiter - gesetzlich bedingt. Es werde aber zu erwarten sein,dass es nicht an Unternehmern fehlt, die nach sachlicher Aussprache mehr Verständnis für die von dem ungeheuren Arbeitslosenelend betroffenen Arbeitern haben als die von anderen Unternehmerkreisen beeinflusste Leitung des Deutschen Buchdrucker= vereins.

Die Verbandsvorstände fordern angesichts der Rücksichtslosigkeit des Un= ternehmertums strengste Geschlossenheit und um bedingtes gegenseitiges Ver= trauen innerhalb der Organisation und des Betriebes. Wenn auch von Gesetzes= wegen dem einseitigen staatlichen Machtspruch Rechnung getragen werden müsse, so könne doch keine Macht das Personal daran hindern,in engster kollegialer Zusammenarbeit und in treuer gewerkschaftlicher Verbundenheit die Folgen der Entscheidung nach besten Kräften abzuschwächen.

Wirtschaft Technik Handel

Schieles Zollprojekte.

SPD. Der Reichsernährungsminister hat die Öffentlichkeit abermals mit neuen Zollplänen überfallen. Der Minister löst damit den Wechsel ein, den er vor gut zwei Wochen auf der Grünen Woche ausgestellt hat.

Die Tatsache, dass unser Wirtschaftsleben immer wieder durch die Schieleschen Zollaktionen beunruhigt wird, beweist wohl am besten, dass der Ueber- und Höchstzoll ein ungeeignetes Instrument für die Ueberwindung der Agrarkrise ist. Die Landwirtschaft läuft hier einem Phantom nach. Sie verliert wervolle Zeit in der notwendigen Umstellung auf die veränderten Markt- und Absatzverhältnisse. Sie verlernt Selbsthilfe. Sie vergisst, dass die Landwirtschaft an sich selbst zu arbeiten hat, und erwartet alles von handelspolitischen Massnahmen. Dadurch könnte die Krise eines guten Tages zur Katastrophe werden, nicht nur für die deutsche Landwirtschaft, sondern auch für die deutsche Handelspolitik.

Es ist bezeichnend, dass sich das Reichswirtschaftsministerium in einer längeren Darstellung gegen die Schieleschen Pläne wenden musste. Das Reichswirtschaftsministerium hatte dringende Veranlassung zu diesem Schritt. Eine Reihe von ausländischen Staaten hat bereits bei der deutschen Regierung gegen die drohenden Einfuhrverschärfungen protestiert. Das sind die Länder, in denen im vorigen Jahr z.B. gelegentlich des deutsch-finnischen Zwischenfalls der Boykott gegen deutsche Waren propagiert worden ist. Mit Mühe und Not wurden damals die Dinge eingerenkt. Diesmal wird das sicherlich nicht gelingen. Die Tatsache aber, dass der deutsche Fertigwarenexport im Monat Januar allein um 122 Millionen (von 697,4 Millionen im Dezember 1930 auf 575,1 Millionen im Januar 1931) zurückgegangen ist, muss warnen. Treten zu den durch die Weltwirtschaftskrise bedingten Absatzschwierigkeiten im Ausland noch handelspolitische Verwicklungen, werden wir in Handelskriege und Boykotts getrieben, dann könnte das unserer Wirtschaft wertvolles Blut kosten.

Und das alles um Dinge, für die der Reichsernährungsminister wohl politische Gründe, aber keine wirtschaftlichen Argumente anführen kann. Ein erhöhter Zoll auf Butter, Fleisch usw. wird den Ring der Holländer und der skandinavischen Staaten gegen uns schliessen. Der beabsichtigte Zoll auf Holz verbunden mit Exportpräminenwürde neue Auseinandersetzungen z.B. mit Österreich und Polen bedingen. Das Südfruchtmonopol, ein geradezu kindisches Zerrbild der Monopolidee, muss die südeuropäischen Staaten gegen uns mobil machen. Die Verbeugung des Reichsernährungsministeriums vor der Grünen Front, vor den radikalen Grossagrariern, bedeutet den Handelskrieg mit der ganzen Welt. Ohne dass der Landwirtschaft gedient wäre!

Schiele will das System der beweglichen Zölle, wie wir sie ja schon beim Getreide haben, auf die landwirtschaftlichen Veredelungsprodukte übertragen. Dazu kommt die Absicht, die bestehenden Beschränkungen für den Gleitzoll bei Schweinen aufzuheben. Man sagt Gleitzoll und behauptet, dass man diesen Zoll herauf- und heruntersetzen kann. Bei den gegenwärtigen und auch künftigen Verhältnissen wird man diesen "Gleit"-Zoll nur heraufsetzen. Es handelt sich um Höchst- und Ueberzölle. Betrachtet man aber z.B. unsere Fleischeinfuhr, so ergeben die nackten Zahlen, dass eine handelspolitische Notwendigkeit nicht vorliegt. Die beabsichtigten Heraufsetzung des Butterzolls von 50 auf 80 Mark ist höchst unsozial und birgt handelspolitische Gefahren. Hebt man für Speck

und Schmalz die Zwischenzölle von 1925 auf, so ergibt sich z.B. für Auslandsschmalz, dessen Preis weit unter dem Preis von Inlandsschmalz liegt, eine Erhöhung des Zolls um 2 Pfennige pro Pfund. Das wird niemanden bewegen, das teure Inlandsschmalz zu kaufen. Man hat somit einen reinen Finanzzoll geschaffen, der die breiten Massen belastet, der Landwirtschaft aber nicht dient. Ähnlich steht es mit dem Zoll für Hülsenfrüchte.

Das ist nur eine kleine Probe der Auswirkungen der Schieleschen Zollprojekte. Aber auch die Landwirtschaft muss sich darüber klar sein, dass man mit der Kaufkraft des Konsumenten nicht ewig Schindluder treiben darf. Je teurer die Lebensmittel werden, desto weniger kann von den Verbrauchern gekauft werden. Und hier ist die Grenze sicherlich erreicht.

Man hat die Löhne reduziert, ohne Rücksicht darauf, ob die versprochene Preisverbilligung auch eingetreten ist. Man hat viel von der Preissenkung geredet, aber sehr wenig für sie getan. Gerade der Reichsernährungsminister Schiele hat sich im verflossenen Herbst bei seiner bekannten Verbilligungsaktion für Brot, Schweinefleisch usw. einen Knalleffekt ausgesucht, um nach aussen so zu tun, als ob man täte. Dann liess man die Dinge treiben mit dem Erfolg, dass die Ermässigung der Kleinhandelspreise ins Stocken geraten ist. Da stehen wir noch heute. Wenn man aber jetzt Zölle verschärft und, ohne ausreichenden Grund, wichtigste Lebensmittel verteuert, dann muss man sich darüber klar sein, dass man eine neue Teuerungswelle auslöst. Statt Preisverbilligung gibt es Preissteigerungen!!

Man muss sich auch darüber klar sein, dass ein überhöhtes Preisniveau für unser Wirtschaftsleben ganz allgemeine Folgen haben kann und wahrscheinlich auch haben wird. Deutschland wird durch seine übersteigerten Kleinhandelspreise eine Preisinsel werden. Das würde bedeuten, dass Deutschland in der Wirtschaftskrise stecken bleibt, während sich anderswo die Wirtschaft ankurbelt.

SPD. Die Reichsbank zeigt für die zweite Februarwoche eine fortschreitende Entlastung, wodurch sich die Inanspruchnahme des Kredits um rund 210,2 Millionen auf 1783,8 Millionen Mark verringert. Die gesamte Kapitalsanlage stellte sich vor einem Jahr auf 1891,3 Millionen Mark. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks verringerten sich um 193,2 Millionen auf 1609,1 Millionen (im Vorjahr 1719,7 Millionen Mark).

Die Gold- und Devisenbestände weisen diesesmal grössere Veränderungen auf. Die deckungsfähigen Devisen nahmen um nicht weniger als 17,2 Millionen Mark ab. Bei den Goldbeständen liegt eine Erhöhung um 10,2 Millionen Mark vor. Insgesamt verringerten sich also die Gold- und Devisenvestände um 7 Millionen auf 2435,5 Millionen Mark (2254,3 Millionen Gold und 181,2 Millionen Mark Devisen).

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 54,9% in der Vorwoche auf 57,8%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 59,8% auf 62,5%.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 - 1926 = 100) stellt sich für die Woche vom 9. bis 14. Februar 1931 auf 86,7 gegenüber 83,1 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 80,4 (76,9), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 76,7 (72,6) und Gruppe Handel und Verkehr auf 109,5 (106,7).

SPD. Die agrarische Presse hat am Dienstag in durchaus tendenziöser Weise Teile aus einem Schreiben des Staatssekretärs Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium veröffentlicht, das dieser an die Reichsregierung gerichtet hatte und in dem er mit Rücksicht auf die handelspolitischen Folgen vor einer Ueberspannung der Zollprojekte warnt. Das Schreiben kann nach Lage der Dinge nur aus dem Reichsernährungsministerium seinen Weg in die rechtsradikale Presse gefunden haben, wie nur der Vater der neuen Zollverschärfungen, Reichsernährungsminister Schiele, Interesse an einer derartigen Verwendung des Schreibens Trendelenburg hat.

Das Schreiben des Staatssekretärs atmet die Sorge um die Zukunft der deutschen Handelspolitik und der deutschen Wirtschaft. Es weist darauf hin, dass der handelspolitische Zusammenschluss der nordwesteuropäischen Staaten (Schweden, Dänemark, Norwegen, Niederlande und Belgien) ein Kennzeichen sei, das ernste Beachtung verdient. Es sei damit zu rechnen, dass ein zollpolitischer Konflikt Deutschlands mit einem dieser Staaten den nordeuropäischen Block zu einem gemeinsamen Vorgehen veranlassen wird. Da diese Staaten fast ein Viertel unserer Ausfuhr aufnehmen, müssten Gegenmassnahmen von ihrer Seite die schärfste Schädigung unserer Industrie zur Folge haben.

Dazu komme, dass die gleichzeitigen Wünsche des Gartenbaus nach einer Lösung der handelsvertraglichen Bindungen für Obst und Gemüse und nach Einführung eines Südfruchtmonopols unsere Beziehungen zu den südeuropäischen Ländern gefährde, während eine Erhöhung der Holzzölle fast alle Staaten Ost- und Nordosteuropas treffe, und von diesen schwerlich einfach hingenimmen werden würde. Angesichts der schweren Depression der deutschen Wirtschaf könne er, der Staatssekretär, dieser Entwicklung unserer Handelspolitik nur mit grösster Sorge entgegensehen. Die Lösungen der zollmässigen Bindungen für Gemüse und Obst und die Einführung eines Südfruchtmonopols würden bei der Bedeutung der Ausfuhr von Obst und Gemüse für Frankreich, Italien, Holland, Belgien, Jugoslawien usw. mit Sicherheit zu einer Aufhebung der Handelsverträge mit Italien und Spanien und mindestens zu einer Gefährdung der Verträge mit Frankreich und Holland führen. Dass eine derartig schwere Erschütterung unseres gesamten Handelsvertragssystems angesichts der günstigen Entwicklung unserer Ausfuhr nach diesen Ländern um der Obst- und Gemüsezölle willen nicht verantwortet werden könne, brauche man nicht zu begründen. Innerwirtschaftlich müssten die Holzzölle eine erhebliche Verteuerung des Bauholzes zur Folge haben.

Der Staatssekretär weist dann eingehend nach, wie unbegründet die neuen Zollforderungen sind. Im Jahre 1930 ist z.B. die Einfuhr von Rindern um 30% gegenüber dem Jahre 1929, der Import von Fleisch und Speck um 20% und die Einfuhr von Fetten um 17% zurückgegangen. Bei Schweinen ist die Einfuhrsteigerung durch Erhöhung der Ausfuhr mehr als ausgeglichen worden, so dass zum ersten Mal ein Schweineausfuhrüberschuss erzielt werden konnte. Der Anteil der Einfuhr an inländischem Fleischverbrauch, der für 1929 bei Schweinefleisch auf annähernd 7% und bei Rindfleisch auf etwa 15% berechnet wurde, dürfte für 1930 auch bei Berücksichtigung des Konsumrückgangs nicht unwesentlich geringer sein. Auch bei Butter ist 1930 mengenmässig zum ersten Mal ein gewisser Rückgang der Einfuhr eingetreten. Wertmässig stellt sich der Einfuhrrückgang auf 20%.

Um zu zeigen, wie man in Deutschland heute Handelspolitik macht, sei darauf hingewiesen, dass die neuen Zollverschärfungen auch Zölle für Kassein vorsehen. Die deutsche Landwirtschaft aber deckt eben 6 - 7% des deutschen Bedarfs. Aehnlich steht es um die Flachszölle. Die deutsche Landwirtschaft deckt ungefähr den deutschen Bedarf zu 25%. Wir sind unbedingt auf die Flachseinfuhr aus dem Auslande angewiesen. Trotzdem verlangt man Flachszölle.

Berliner Viehmarkt.

(17.Febr.)

SPD.Die Preisermässigungen auf dem Schweinemarkt setzten sich auf Grund des stärkeren Angebotes so ziemlich für alle Klassen durch. Mehr gefragt waren schwere Tiere. Auch der Rinder-, Hammel- und Kälbermarkt hatten grösseren Auftrieb. Hier mussten sich die Verkäufer durchweg mit Preisermässigungen abfinden. Geringgenährte Kälber wurden mit letzten Preisen bezahlt.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 34-38 (voriger Markt) 36-41), b) 27-33 (28-35), c) 24-26 (25-27), d) 20-23 (20-24), Kälber: a) - (-), b) 53-59 (55-61), c) 47 - 54 (48-55), d) 35-45 (35-45), Schweine: a)(über 300 Pfund) 51-52 (52-53), b)(240 - 300 Pfund) 51-52 (52-53), c)(200-240 Pfund) 50-52 (51-53), d)(160-200 Pfund) 47 - 51 (49 - 51), e)(120 - 160 Pfund) 45 - 47 (46-48), f)(unter 120 Pfund) - (-),g) (Sauen) 49 (49-50).

SPD.Die Deutsche Ford Motor Co. verbreitet über das abgelaufene Geschäftsjahr einen äusserst günstigen Bericht. Der Absatz konnte mit rund 13700 Wagen um fast 30% gesteigert werden. Der Reingewinn errechnet sich auf 3,3 Millionen Mark gegenüber 2,2 Millionen im Vorjahr. Da die vorjährige Dividende 10% betrug, ist also bei Ford eine Dividendenerhöhung wahrscheinlich.

Ueber die Umgruppierung wird mitgeteilt, dass der Betrieb in Köln mit 2 000 Arbeitern und Angestellten bereits im April aufgenommen werden wird. Die Kapazität in Köln soll sich auf 150 Wagen pro Tag belaufen, während die Berliner Fabrik, die stillgelegt werden soll, nur 70 Wagen leistete. Nach den Angaben der Fordverwaltung besteht der Fordwagen bereits jetzt zu 51% aus deutschem Material. Nach Abschluss von Lieferungsverträgen wird auch die Karosserie aus deutschem Material hergestellt, so dass sich der Anteil des deutschen Materials noch erhöhen wird. Die Umstellung soll eine Zollersparnis von 700 Mark pro Wagen bedeuten.

SPD.Die Berliner Grossbanken haben sich zu einer engen Zusammenarbeit entschlossen und zwar werden sich die leitenden Männer wöchentlich zu einer gemeinsamen Aussprache treffen. Beteiligt sind die Deutsche Bank-Disconto-Gesellschaft, die Danat, die Commerz- und Privatbank und die Dresdner Bank.

Als Tag der gemeinsamen Aussprache ist der Donnerstag gewählt. Der Berliner Volksmund hat bereits dafür das schöne Wort vom Donnerstag-Kaffekränzchen gefunden. Vorläufig erstrecken sich die gemeinsamen Beschlüsse bei den Grossbanken auf eine gleichmässige Dividendenreduzierung.

SPD.Die I.G.Farbenindustrie wird demnächst mit etwa 100 Mann den Betrieb der Grube Theodor wieder aufnehmen, die vor einiger Zeit stillgelegt wurde.

Buttermarkt.

SPD.Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 17.Februar: I.150 Mark, II. 142 Mark, III. 128 Mark je Zentner. Tendenz: fest.

Knappes Weizenangebot.

(Berliner Getreidebörse vom 17.Februar.)

SPD.Die freundliche Grundstimmung, die sich auch am Dienstag an der Berliner Produktenbörse bei Beginn bemerkbar machte, steigerte sich im weiteren Verlauf zu einer ausgesprochenen Festigkeit für Weizen. Am Markte der Zeitgeschäfte eröffnete Weizen zu behaupteten Kursen, konnte aber später etwa 2 Mark für die beiden vorderen Monate gewinnen. Roggen gab im Gegensatz hierzu in den Preisen leicht nach. An promptem Weizen blieb das Angebot der Landwirte weiter gering, sodass sich die letzten Forderungen durchsetzen liessen. Roggen war stärker angeboten und konnte seinen Preisstand nicht voll behaupten. Mehl hatte sehr kleinen Markt. Für Weizenmehl versuchten die Mühlen erhöhte Forderungen durchzusetzen, was jedoch kaum gelang. Roggenmehl war verstärkt angeboten,ohne genügend Käufer zu finden. Hafer hatte sehr ruhigen Markt bei ausreichendem Angebot.

	16.Februar	17.Februar
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	269 - 271	269 - 271
Roggen	154½- 156	154 - 156
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industriegerste	190 - 204	190 - 204
Hafer	137 - 145	137 - 144
Weizenmehl	31,00-37,75	31,00-37,75
Roggenmehl	23,30-26,30	23,30-26,30
Weizenkleie	11,00-11,25	11,00-11,25
Roggenkleie	9,50-10,00	9,60-10,10

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 282-283¾ (Vortag 282), Mai 290-292 (290), Juli 295. Roggen März 174½ (175), Mai 182¼ (182¾), Juli 184½ Brief (184), Hafer März 151½ (151½), Mai 159½ (159¼), Juli 166¾ Brief (167).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 17. Febr.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM 0,50 - 0,70
" Weizenstroh "	" -,45 - -,60
" Haferstroh "	" -,45 - 0,60
" Gerstenstroh "	" -,55 - -,65
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	" -,60 - -,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh	" -,50 - -,75
" Weizenstroh	" -,45 - -,65
Häcksel	" 1,25 - 1,50
	Tendenz still
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	" 1,30 - 1,50
Gutes Heu, gesund und trocken	" 1,70 - 2,10
Thymothee, lose	" 2,90 - 3,25
Kleeheu, lose	" 2,50 - 3,00
Mielitz-Heu, lose, (Warthe)	" 1,60 - 1,80
" " " (Havel)	" 1,20 - 1,45
Drahtgepresstes Heu	30 Pfg. über Notiz.
	Tendenz ruhig.